

Sitzung vom 27.11.2024

Frage Nr. 95 von Frau COLLING (ECOLO)

Thema: Kampf gegen die Wohnungsnot in der DG

Es gilt das gesprochene Wort!

Frage:

Anfang diesen Jahres erklärte die KU Leuven in einem Bericht, den sie im Auftrag der König Baudouin Stiftung erstellt hat, dass etwa 50.000 Belgierinnen und Belgier obdachlos oder ohne festen Wohnsitz sind.¹ Die Studie hebt hervor, dass sich diese Wohnungsnot nicht auf den städtischen Raum begrenzt, sondern dass 4 von 10 Betroffenen in Gemeinden mit weniger als 50.000 Einwohnern leben. Der Anteil von Kindern, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, variiere je nach Region und betrage in der Deutschsprachigen Gemeinschaft über 30%. Im Jahr 2022 hat eine Studie über die Obdachlosigkeit in der DG gezeigt, dass es bei uns nicht weniger als 192 Personen gibt, die obdachlos oder von Obdachlosigkeit betroffen sind².

In einem Artikel vom 4. November zitiert das *GrenzEcho* die Generalsekretärin des Wallonischen Netzwerk zur Bekämpfung der Armut, die betont, dass für den sozialen Sektor ein umfassender, struktureller Plan für das Recht auf Wohnen die einzige nachhaltige Lösung gegen die Wohnungskrise bleibe. Nun plant Ihre Regierung im Rahmen der Sparmaßnahmen unter anderem, verschiedene Mietbeihilfen aufzuheben, insofern diese nicht Bestandteil des „Rechts auf eine angemessene Wohnung“ im Sinne von Artikel 23 der Verfassung zu betrachten seien.³ Es gebe in Ihren Augen ausreichend andere entlastende Maßnahmen, um den Bedürfnissen der Nutznießer gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang habe ich nun folgende Fragen an Sie, Frau Ministerin:

1. Welche strukturellen Maßnahmen plant die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft, um der wachsenden Wohnungsnot bei uns in der DG zu begegnen?
2. Im Rahmen der Sparmaßnahmen werden Familienleistungen wie das Kindergeld oder das Pflegegeld in den kommenden Jahren nicht indexiert. Riskieren diese kombinierten Sparmaßnahmen nicht, die besonders einkommensschwachen Haushalte überproportional zu belasten?
3. Gibt es in der DG einen ähnlichen Akteur wie das Netzwerk zur Bekämpfung der Armut in der Wallonie, der solche kombinierten Effekte im Auge behalten könnte?

¹ <https://www.lesoir.be/577189/article/2024-03-27/pres-de-50000-personnes-exclues-du-marche-du-logement-en-belgique> .

² https://cdn.uclouvain.be/groups/cms-editors-cirtes/rapports-de-recherche/Z%C3%A4hlung%202022%20Bericht_Obdachlosigkeit_Ostbelgien_Final.pdf .

³ https://pdg.be/desktopdefault.aspx/tabid-4633/8159_read-73585/ [Artikel 210 bis 212].

Antwort

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,

die Regierung hat mit der GmbH *Öffentlicher Wohnungsbau Ostbelgien* (ÖWOB) ein umfassendes Investitions- und Sanierungsprogramm geschnürt. Insgesamt sollen 30 Millionen Euro in den Neubau und die Sanierung von öffentlich geförderten Wohnungen fließen. Ziel ist es, den Wohnungsbestand der ÖWOB zu erweitern und zu modernisieren, um die steigende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum zu decken.

Zwanzig Millionen Euro sind für die energetische Sanierung vorgesehen, um die Mietnebenkosten der Sozialmieter zu senken und somit der Wohnungsarmut vorzubeugen, zehn Millionen Euro sind für den Neubau von Sozialwohnungen vorgesehen.

Die Regierung hat zudem ihre Bereitschaft erklärt, diesen Betrag noch um weitere 37 Mio. Euro zu erhöhen.

Die ÖWOB hat in den letzten zwei Jahren sieben zusätzliche Wohnungen erworben, um ihren Wohnpark zu vergrößern. Aktuell wird auch an der Fertigstellung von sechs weiteren Neubauwohnungen (Am Plei in Raeren) gearbeitet. Diese werden voraussichtlich Mitte des kommenden Jahres bezugsfähig sein.

Die ÖWOB GmbH ist der größte Akteur im Bereich des öffentlichen Wohnungsbaus in der Deutschsprachigen Gemeinschaft und verfügt über mehr als 1.300 Wohnungen, die zu sozial-verträglichen Mietpreisen angeboten werden.

Das langfristige Ziel der Regierung liegt darin, den aktuellen Prozentsatz von 4% öffentlich-geförderter Wohnungen zu steigern, da dies derzeit unter dem belgischem Schnitt liegt.

Die Lage auf dem Wohnungsmarkt und im sozialen Wohnungswesen hat sich u.a. durch die Zuwanderungen ukrainischer Geflüchteter noch einmal verändert.

Vor diesem Hintergrund hat die VoG *Wohnraum für Alle* als Projektträger, in Zusammenarbeit mit der VoG *Tri-Landum* als Projektpartner, eine Werbekampagne für die sozialen Immobilienagenturen gestartet, die durch die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft finanziert wurde. Ziel dieser Kampagne war es, neue Vermieter für die Sozialen Immobilienagenturen anzuwerben, die breite Öffentlichkeit für die gesellschaftliche Arbeit der Sozialen Immobilienagenturen zu sensibilisieren sowie langfristig eine Verbesserung der Immobilienlage durch Unterstützung von Hausbesitzern zu ermöglichen.

In den Jahren 2025 und 2026 ist keine Angleichung der Familienleistungen vorgesehen, die Beträge bleiben aber unverändert, so dass keine Kürzung des Auszahlungsbetrags erfolgt.

Gerne erinnere ich an zahlreichen Maßnahmen, die die Familien entlasten: Die Reduzierung der Schulbesuchskosten im Sekundarschulwesen, die Bereitstellung von kostenlosen Laptops für die Schüler sowie die umfassende Reform der Elternbeteiligung in der Kinderbetreuung, die nunmehr eine kostenlose Betreuung in der Kleinkindbetreuung für Familien unter dem Medianeinkommen bei den bezuschussten Dienstleistern vorsieht sowie eine kostenlose Betreuung für die erste Stunde in der außerschulischen Betreuung. Das hat zu spürbaren Entlastungen bei vielen Familien geführt.

Die Vorteile auf anderen Ebenen wie z.B. die Steuerermäßigungen bleiben bestehen, ebenso wie das System der erhöhten Kostenerstattung (EKE).

Armut ist schwer messbar. Das liegt einerseits an der vielfältigen Form, in der Armut sich äußert und andererseits an der subjektiven Wahrnehmung des Gefühls von Armut.

Daher kann man sich bei der Analyse nicht nur auf einen Indikator wie zum Beispiel den des Einkommens stützen.

Die Deutschsprachige Gemeinschaft verfügt über einen Armutsmonitor, der sich permanent über die Statistikdatenbank aktualisiert und daher immer aktuell ist. Der

Armutsmoitor misst die Armutssituation in der Deutschsprachigen Gemeinschaft anhand von ausgewählten Indikatoren.

Der Bericht enthält die Indikatoren, die ich bereits in der Antwort auf die Fragen 92 und 93 genannt habe.

Diese Indikatoren geben der Regierung Möglichkeiten an die Hand, den Bedarf genauer zu analysieren und ggfs. entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Noch eine kleine Korrektur:

In Ihrer Frage sagen Sie, dass der Anteil von Kindern, die von Obdachlosigkeit betroffen sind, variiert je nach Region und in der DG über 30 % beträgt. Das ist nicht ganz korrekt! Tatsächlich sind 30 % der in der DG gezählten, 131 obdach- und wohnungslosen Personen Kinder. Kein Kind befand sich jedoch zum Zeitpunkt der Zählung in klassischer Obdachlosigkeit, d.h. im öffentlichen Raum bzw. auf der Straße.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.